



Vorlage KuSA_15/2007
zur öffentlichen Sitzung des
Kultur- und Schulausschusses
am 19.03.2007

An die
Mitglieder
des Kultur- und Schulausschusses

**Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung von zusätzlichen Stellen für die Schulsozialarbeit
an den beruflichen Schulen
Sachstandsbericht**

Der Landkreis hatte im Jahr 1995 damit begonnen, sukzessive eine Schulsozialarbeit an seinen beruflichen Schulen aufzubauen. Der größte Bedarf wurde dabei bei den Schülerinnen und Schülern in Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) festgestellt. Ab dem 1.1.2003 wurden dann im Einvernehmen mit den betreffenden Schulleitungen bedarfsgerecht an den vier beruflichen Schulen, an denen ein BVJ geführt wurde (Mathilde-Planck-Schule, Oscar-Walcker-Schule, Carl-Schaefer-Schule, Berufl. Schulzentrum Bietigheim-Bissingen), vier Schulsozialarbeiterstellen mit einem Beschäftigungsumfang von je 100% eingerichtet. Diese Jugendsozialarbeit hat sich bestens bewährt und wird auch von den Schulleitungen als unentbehrlich angesehen.

Die SPD-Fraktion hat nun den Antrag gestellt, an den beruflichen Schulen des Landkreises zusätzliche Stellen für die Schulsozialarbeit einzurichten. Die dazu notwendige Bedarfsanalyse wird zur Zeit gemeinsam mit den Schulleitungen durchgeführt.

Mit dem bisherigen Team unserer Schulsozialarbeit wurde intern überlegt, ob und wo der Bedarf für eine erweiterte Konzeption von den Fachkräften aus gesehen wird. Außerdem fand ein erstes gemeinsames Gespräch mit den Schulleitungen am 29.1.2007 statt. Von den eingeladenen Schulleitungen aller beruflichen Schulen kam von zwei Schulen, nämlich der Landwirtschaftsschule und der Krankenpflegeschule die Rückmeldung, dass dort kein Bedarf für eine Schulsozialarbeit gesehen werde. Die Schulleitungen der Mathilde-Planck-Schule, Oscar-Walcker-Schule, Robert-Franck-Schule, Carl-Schaefer-Schule, Erich-Bracher-Schule und des Beruflichen Schulzentrums Bietigheim-Bissingen sehen alle einen Bedarf, der über die bisherige Schulsozialarbeit im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) hinausgeht. Folgende Defizite und Probleme bei den Schülerinnen und Schülern haben die Schulleiterinnen und Schulleiter zurückgemeldet:

- Defizite in punkto Pünktlichkeit, Ehrlichkeit, zu Fehlern stehen können, sich an Absprachen halten, Distanzlosigkeit gegenüber Vorgesetzten, emotionale Verarmung

- Eigene Fähigkeiten und Entwicklungsmöglichkeiten werden oft nicht realistisch eingeschätzt.
- Mangelnde Kooperations- und Konfliktfähigkeit. Es fehlt am Durchhaltevermögen auch in unangenehmen Situationen, „Null-Bock“-Mentalität, verbale und körperliche Aggressivität.
- Viele Misserfolgserfahrungen und niedriges Selbstwertgefühl. Fehlende Unterstützung durch das Elternhaus und im weiteren privaten Umfeld.
- Mangelnde Kenntnisse darüber, was im Berufsleben erwartet wird und persönliche Voraussetzungen, die den Anforderungen an eine schulische Weiterbildung und an eine Ausbildung in einem Beruf bzw. eine berufliche Tätigkeit noch nicht genügen.
- Mangelnde Selbständigkeit und Eigenverantwortung. Auch nach dem Übergang in die Volljährigkeit können viele der jungen Erwachsenen an den beruflichen Schulen ihr Leben noch nicht hinreichend eigenverantwortlich gestalten und mit auftauchenden Schwierigkeiten, z.B. wenn die Miete für eine neu bezogene Wohnung nicht bezahlt werden kann, fertig werden.

Die genannten Defizite und Probleme sehen die Schulleitungen nicht nur bei der Zielgruppe des Berufsvorbereitungsjahrs (BVJ) mit derzeit rund 340 Schülerinnen und Schülern, sondern zusätzlich auch bei den Jungarbeiterklassen, in der Sonderberufsschule und der einjährigen und zweijährigen Berufsfachschule. Dort sehen die Schulleiterinnen und Schulleiter bei rund 1850 Jugendlichen den Bedarf für eine Schulsozialarbeit.

Unsere vier Fachkräfte in der Schulsozialarbeit betreuen derzeit insgesamt die rund 340 Jugendlichen im Berufsvorbereitungsjahr. Eine zusätzliche Betreuung von rund 1850 Jugendlichen kann natürlich mit den bestehenden vier Stellen nicht geleistet werden.

Es muss jetzt in einem nächsten Schritt der Bedarfsanalyse gemeinsam mit den Schulleitungen überlegt werden, welche Betreuungsintensität für diese 1850 Schülerinnen und Schüler notwendig erscheint, um dann im Kultur- und Schulausschuss einschätzen zu können, welche personellen Konsequenzen in der Schulsozialarbeit dies eventuell nach sich ziehen würde. In der nächsten Sitzung des Kultur- und Schulausschusses soll weiter berichtet werden.

Beschlussvorschlag:

Kennntnisnahme